

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 172

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.—

Halver

Dienstag, den 25. Juli 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
80 Hg., auswärts 1 M., im Reflametell 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 3.— M.
Offerten-Beforgung 3.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser!

* Die Vereinbarungen des Garantiekommitees mit der deutschen Regierung über die Finanzkontrolle werden amtlich bekanntgegeben. Sie betreffen sich mit den schon bekannten Tatsachen.

* Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau haben ein beide Teile befriedigendes Vorabkommen gebracht.

* Die Reparationskommission hat Österreich gewisse Erleichterungen zur Herstellung seiner Wirtschaft für die Dauer von 20 Jahren gewährt.

* Die Ministerpräsidentenwahl in Polen ist erledigt, Pilsudski bleibt Staatschef.

* Orlando wurde mit der Bildung des italienischen Kabinetts betraut.

* Der Generalfeldzug in Mailand ist beendet. In Piemont steht das Ende des Streiks bevor.

„Verfehlung“.

Unbekümmert um alles, was sonst ringsherum in der Welt vorgeht, hält der französische Ministerpräsident an seinem Ziel fest, es zu keiner Verständigung mit und über Deutschland kommen zu lassen. Den Moment, wo das Garantiekomitee seine mehrwöchigen Arbeiten in Berlin abgeschlossen und darüber an seine Auftraggeber berichtet hat, benutzte Herr Poincaré, um wieder mit der Weltöffentlichkeit in der Hand an der europäischen Bühne vorzutreten. Er ist jetzt schon davon überzeugt, daß auf deutscher Seite die „vorläufige Verfehlung“ vorliegt, von deren Feststellung der Versailler Vertrag weitere Strafmaßnahmen gegen den Besiegten abhängig macht. Er weiß heute schon, daß Deutschland seinen Bankrott vorzüglich herbeigeführt habe, indem es seine den Entente-Regierungen gegebenen Zusagen nicht erfüllt, bei der Einziehung der Steuern die Ägeln am Boden schleifen läßt, sich Ausgaben leistet, auf die es unter den gegebenen Verhältnissen keinen Anspruch hat, und schließlich auch die Kapitalflucht gewähren läßt, als hätte es gar keine Rücksichten auf auswärtige Gläubiger zu nehmen.

Das alles sind für Herrn Poincaré bewiesene Tatsachen, ebenso bewiesen wie die alleinige Kriegsschuld, zu deren Anerkennung gegen Wahrheit und Würde man uns in Versailles gezwungen hat. Der französische Ministerpräsident hat diese seine Anschauungen in einer Note an den Vorsitzenden der Reparationskommission niedergelegt mit dem Auftrag, dafür zu sorgen, daß demgemäß von dieser Körperschaft verfahren werde. Ein Vorgehen, das zunächst in London mit Überraschung aufgenommen worden ist. Dort sieht man die Reparationskommission noch nicht als ein ausschließliches Instrument in den Händen der französischen Regierung an. Nach dem Friedensvertrage vertritt sie vielmehr einen Teil der Gesamtföderation der in ihr vertretenen Regierungen, und wenn Herr Poincaré sich herausnehmen will, sie an seinem Draht tanzen zu lassen, so wird es in den verbündeten Ländern darüber unmissverständlich böse Gesichter geben. Weswegen, wie man in London nun einmal ist, will man deswegen nicht gleich mit spitzen Gegenreden antworten, macht aber kein Hehl aus dem beträchtlichen Mißtrauen, das diese Einwirkung auf Herrn Dubois notwendig hervorgerufen muß, und daß die ganze Reparationsfrage, wie Frankreich sie auch jetzt noch behandelt wissen möchte, ein sehr ernstes Aussehen annehme. Gleichviel, ob es Herrn Dubois gelingt, die Mehrheit der Kommissionsmitglieder für seinen Standpunkt zu gewinnen oder nicht, den Gefahren der Lage werde so ganz gewiß nicht Rechnung getragen. Und hier es noch vor einer Woche, daß die neue Begegnung Poincarés mit Lloyd George in der zweiten Julihälfte vor sich gehen sollte, so sieht es jetzt schon wieder ganz danach aus, daß auch diese Zusammenkunft wieder verschleppt werden soll, bis es gelungen sein wird, sie völlig zwecklos zu machen. Seit Jahr und Tag schon treibt Frankreich dieses gleiche frevelhafte Spiel mit dem Erfolg, daß die Dinge immer nur noch schlimmer geworden sind. Nicht lange mehr, und niemand wird noch zu sagen wissen, was zur Abwendung der Katastrophe, der wir entgegenstreben, überhaupt noch geschehen kann.

Selbst wird es auch nicht, daß ein Mann wie Franz Vandervliet, der sich von den führenden amerikanischen Finanzmännern am meisten persönlich um die Rettung Europas bemüht hat, gerade in diesem kritischen Augenblick wieder einmal seine warnende Stimme erhebt. Man hat bisher nicht auf ihn gehört, und so ist er zweifelhaft geworden, ob es überhaupt noch einen Zweck hat, zu Einsicht und Barmherzigkeit zu raten. Wohl beginnt man jetzt selbst in Frankreich die Notwendigkeit einer Abänderung des Versailler Vertrages zuzugeben, aber die furchtbare Angst der Franzosen vor der Möglichkeit einer deutschen Neubehandlung läßt keine heilsamen Entschlüsse zu. Werde Deutschland für längere Zeit in Ruhe gelassen, so würde es bald seine frühere industrielle Bedeutung wiedererlangen, damit aber auch in seiner Widerstandskraft gegen die Unmöglichkeiten des Versailler Vertrages erstarken. Also könne es die Franzosen nicht reizen, Deutschland erst wieder leistungsfähiger werden zu lassen, weil sie fürchten müßten, daß sie dann erst recht nicht mehr zu ihrem Gelde kommen würden. An dieser Klippe, meint Vandervliet, scheiterten alle Verständigungsversuche, denn eben aus diesem Grunde weigerte sich Frankreich, in eine Abschwächung des Friedensvertrages zu billigen, so lange das überhaupt noch zu verhindern sei, und deshalb werden keine Auslandsanleihen zustande kommen, da für diese eben die Revision des Versailler Vertrages unerlässliche Vorbedingung sei. Insbesondere für die Amerikaner, die zu einer Neisanleihe durchaus bereit und fähig seien, während sie kleine Kreditsoperationen als zwecklos ablehnten. Mit dem schönen Gerede von der Gemeinschaftlichkeit der Wirtschaftsinteressen Deutschlands und Frankreichs komme man nicht weiter, denn es treffe nicht den wahren Stand der Dinge. Wohl aber sei es richtig, daß bei einem völligen Versagen der deutschen

Zahlungsverpflichtungen auch Frankreich wie ein Kartenhaus zusammenbrechen müsse. Daß er eine neue Revolution für Deutschland voraussetzt, wenn dem kommenden Glend nicht noch im letzten Augenblick vorgebeugt würde, sei nur noch nebenher erwähnt. Kurz, dieser Amerikaner hat jede Hoffnung auf Rettung Europas schon so gut wie völlig aufgegeben.

Das deutsche Volk aber kann und darf sie noch nicht aufgeben. Die letzte Entscheidung der Reparationskommission auf unser Stundungsgesuch vom 12. Juli ist uns bis Mitte August in Aussicht gestellt. Bis dahin kann durch Umlenkung zum inneren Frieden, wenn auch nicht viel, so doch immerhin etwas noch zu unserer Rettung getan werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Nachprüfung der deutschen Finanzen.

Amlich wird der Wortlaut des Memorandums bekanntgegeben, das die Garantiekommision der deutschen Regierung überreicht und dem diese beigetreten ist. Der Text bringt nichts Neues, sondern bestätigt lediglich die bisher schon bekanntgewordenen Feststellungen. Die Antwortnote der deutschen Regierung ist bereits nach Paris abgegangen. In den Berliner Beratungen im Auswärtigen Amt stellte die Regierung fest, daß die Zustimmung zu der Aufrichtung einer Finanzkontrolle nur im Zusammenhang mit dem Moratorium zu denken sei. Sollte das Moratorium nicht zustande kommen, so wäre selbstverständlich auch die Vereinbarung mit dem Garantiekomitee hinfällig.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Die ursprünglich für November vorgesehene Neuwahl des Reichspräsidenten sollte nach den neuesten Regierungsabsichten auf einen Sonntag im Januar 1923 verschoben werden. Jedoch ist es zweifelhaft geworden, ob es zu dieser Neuwahl kommen wird. Denn, dem Vernehmen nach, beabsichtigt die demokratische Fraktion, einen Antrag einzubringen, die Amtsperiode des Reichspräsidenten um zwei Jahre zu verlängern. Die demokratische Fraktion hat sich bereits mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft in Verbindung gesetzt, und voraussichtlich werden das Zentrum und die Deutsche Volkspartei den demokratischen Antrag unterstützen.

Deutsch-polnische Vorabkommen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau haben zum Abschluß eines Vorabkommens geführt. Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Abkommens besagen: 1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, Gesuche um Ausfuhr nach Polen ebenso zu behandeln wie die Ausfuhr nach allen anderen Ländern. 2. Polen verpflichtet sich, Deutschland den Transit durch Polen nach Rußland zu gewähren. Zur Ausgestaltung dieses Abkommens werden um den 1. September die Verhandlungen in Dresden und Warschau beginnen.

Die Änderungen in den preussischen Regierungsstellen.

Der preussische Staatsrat befaßte sich mit der Neubesehung einer Anzahl höherer Verwaltungsstellen. Minister des Innern Seebing erklärte in Entgegnung auf mehrere Einwendungen, es liege der Staatsregierung fern, Gesinnungsschnüffelei zu treiben, aber sie habe für den Schutz der Verfassung zu sorgen gegen jeden, der versuche, sie umzustürzen. Der leitende Beamte habe die Pflicht, Beamte zu entfernen, die sich gegen Regierung und Verfassung auflehnen. Er, der Minister, werde jeden Regierungs- und Oberpräsidenten unmissverständlich aus seinem Amt entfernen, der dieser Pflicht nicht nachkomme. Er wolle Massenerhebungen nicht an die Wand malen. Aber wenn jetzt auf die Beschlüßfassungen der Parlamente nicht erfolgt, können wir in Zukunft mit Gefahren die Massen nicht mehr abspießen. Daraufhin nahm der Staatsrat ohne weitere Auseinandersetzungen Kenntnis von den Personaländerungen.

Bayern und das Reichsschutzgesetz.

Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei hat beschloffen, unter Wahrung der Reichseinheit alle politischen und parlamentarischen Mittel gegen das Reichsschutzgesetz anzuwenden. Dem bayerischen Ministerpräsidenten und den Parteiministern sowie den Abgeordneten der Reichs- und Landtagsfraktionen wurde das vollste Vertrauen für ihre bisherige Tätigkeit wie für die Zukunft ausgesprochen. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß die Bayerische Volkspartei den andern Koalitionsparteien vorschlagen werde, den Landtag aufzulösen und dem neuen Landtag die endgültige Entscheidung und die Verantwortung zu überlassen. — Die deutschdemokratische Partei Bayerns hat beschloffen, sich einmütig hinter die Beschlüsse des Reichstages zu stellen.

Minister Reil und Reichstagsabgeordneter Bazille.

Wegen der von dem Reichstagsabgeordneten und württembergischen Ernährungsminister Reil in der Reichstagsführung vom 20. Juli gegen den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Bazille erhobenen Beschuldigungen hat die Fraktion der Bürgerpartei (deutschnational) im württembergischen Landtag den Antrag auf Amnestierung des Ministers Reil wegen größtenteils Mißbrauchs seines Amtes gestellt. Der Abgeordnete Bazille hat bei der Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Strafverfahren gegen sich selbst unter Verzicht auf seine Immunität als Reichstags- und Landtagsabgeordneter beantragt, ferner einen Antrag auf Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen sich beim württembergischen Staatsministerium gestellt.

Deutsch-Österreich.

* Wirtschaftliche Erleichterungen für die Regierung. Das Außenministerium erhielt eine Depesche des österreichischen Gesandten in Paris, der zufolge die Reparationskommission beschloffen hat, dem Antrag der österreichischen

Regierung auf Freigabe von Pfändern Folge zu geben. Die Reparationskommission hat jene Pfänder, die für die Zwecke der neuen österreichischen Notenbank erforderlich sind, auf die Dauer von 20 Jahren, hingegen jene Pfänder, die als Grundlage der geplanten ausländischen Anleihe dienen sollten, ohne zeitliche Einschränkung freigegeben. — Wie man dazu erfährt, kommen für die Notenbank die Bälle und Ertragnisse aus Forsten, Domänen und Salinen und für die zu erwartende ausländische Anleihe neben den Bällen die Einnahmen aus dem Tabakmonopol in Betracht.

Polen.

* Korsantch wird nicht Ministerpräsident. Da der Klub der Verfassungsfreunde Korsantch die weitere Unterstützung versagt hat, ist dessen Wahl zum Ministerpräsidenten erledigt. Der Staatschef Pilsudski wird nunmehr die Bildung eines über den Parteien stehenden Kabinetts vornehmen. Die Drohung des populären Staatsoberhauptes mit dem Rücktritt, falls der ungeliebte Korsantch Ministerpräsident würde, scheint zur Erledigung des Zwischenfalls wesentlich beigetragen zu haben. Die Erbitterung der Arbeiterschaft gegen die Ernennung Korsantchs zum Ministerpräsidenten hatte sich bereits in einem großen Proteststreik Luft gemacht und würde durch die Demission des Staatspräsidenten noch gesteigert worden sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichspräsident Ebert wird auf Einladung des hamburgischen Senats am 17. August an dem Empfang im Rathaus teilnehmen, der anlässlich der Hamburger Überseewoche stattfindet.

Berlin. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Erholungsurlaub angetreten.

Berlin. Der preussische Staatsrat beschloß gegen die Stimmen der drei sozialistischen Gruppen, in den Ausführungsanweisungen zur Getreidemessung einige Änderungen vorzunehmen, die sich auf Vergünstigungen für die Flächenberechnung, Mähernten und Geldentwertung beziehen.

Braunschweig. Reichstagsabgeordneter Heinrich Kiele (S. P. D.) ist im Alter von 80 Jahren gestorben. Den ersten deutschen Reichstag nach der Revolution hat Kiele als Alterspräsident eröffnet.

München. Die bayerische Regierung hat bei der Reichsregierung die Abberufung des Grafen Zech, des Vertreters der Reichsregierung in München, verlangt. Die Abberufung hängt mit der Affäre des verurteilten Epitels Leoprechting zusammen.

Bremen. Der Senat hat die im Staatsgebiet bestehenden Ortsgruppen des Bundes der Aufrechten verboten und aufgelöst.

Frankfurt a. M. Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat jede Veranstaltung, Feier und Sitzung usw. der Orts- und anderen Gruppen des Jungdeutschen Ordens in der Provinz Hessen-Nassau bis auf weiteres verboten.

Paris. Die Reparationskommission hat beschloffen, daß Deutschland in den Monaten August bis Oktober 1725 000 Tonnen Kohle und 102 500 Tonnen Holz zu liefern haben wird, darunter 620 000 Tonnen Holz und 100 000 Tonnen Steinkohle für Holzbereitung.

Budapest. Alle Urheber der Bandenbewegung gegen die österreichische Grenze sind nunmehr verhaftet worden. Unter ihnen befindet sich ein Universitätsprofessor, ein Geistlicher und mehrere Offiziere. Insgesamt sind 7 Personen verhaftet worden.

Melbourne. Das Bundesministerium hat es abgelehnt, die Ernennung deutscher Konsuln in Australien zu genehmigen.

Neuregelung der Steuerabzüge.

Gültig vom 1. August ab.

Nach der vom Reichstag kürzlich beschlossenen Novelle zum Einkommensteuergesetz beträgt der Steuerabzug (Steuerabzug) jetzt 10 Prozent bis zu Einkommen von 100 000 Mark.

Die zu zahlende Einkommensteuer ermäßigt sich um 480 Mark jährlich für den Steuerpflichtigen und für seine Ehefrau bei einem Einkommen bis zu 100 000 Mark, um 960 Mark für jedes zum Haushalt gehörige minderjährige Kind (bei Kindern unter 17 Jahren, auch wenn sie selbst Arbeitseinkommen beziehen) bei einem Einkommen bis zu 300 000 Mark und um 200 Mark bei Personen über 60 Jahre oder solchen, die erwerbsunfähig sind, wenn ihr Einkommen 50 000 Mark nicht übersteigt und sich in der Hauptsache aus Kapitaleinkommen, Renten, Pensionen usw. zusammensetzt.

Der 10-Prozent-Steuerabzug vom Arbeitslohn ermäßigt sich demnach für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau um 40 Mark bei monatlicher, um 9,60 Mark bei wöchentlicher, um 1,60 Mark bei täglicher Lohnzahlung, bei stundentweiser Bezahlung um 40 Pfennig für je 2 angesehene oder volle Arbeitsstunden. Entsprechend ermäßigt sich der Steuerabzug für jedes Kind um 80 Mark monatlich, 19,20 Mark wöchentlich, 3,20 Mark täglich und 80 Pfennig für je 2 Arbeitsstunden. Hierbei werden aber Kinder, die selbst Arbeitseinkommen beziehen, nicht gerechnet.

Ferner gehen als Abgeltung der sogenannten Werbungskosten vom Steuerabzug ab 90 Mark monatlich, 21,60 Mark wöchentlich, 3,60 Mark täglich oder 90 Pfennig für 2 Arbeitsstunden. Anträge auf Erhöhung der Werbungskostenabsetzung sind zulässig, wenn die Kosten den Betrag von 10 800 um mindestens 1200 Mark übersteigen. Die genannten Sätze von 40 Mark (für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau), 80 Mark (für jedes minderjährige Kind) und 90 Mark (Werbungskosten) sind von der errechneten Steuer abzuziehen.

Diese Vorschriften treten mit dem 1. August in Kraft mit Geltung bei jeder Lohnzahlung für den in der Zeit nach dem 31. Juli 1922 gezahlten und für den nach dem 31. Juli 1922 fälligen Arbeitslohn.

Änderungen der Angestelltenversicherung

Mit Geltung vom 1. Juli ab.

Infolge der Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte erfolgt die Beitragsberechnung zur Angestelltenversicherung vom 1. Juli 1922 ab nach folgender Aufstellung:

Jährlicher Arbeitsverdienst mehr als 550 Mark Monatsbeitrag 3,20 Mark, mehr als 850 Mark 4,80 Mark, mehr als 1150 Mark 6,80 Mark, mehr als 1500 Mark 9,60 Mark, mehr als 2000 Mark 13,20 Mark, mehr als 2500 Mark 16,60 Mark, mehr als 3000 Mark 20 Mark, mehr als 4000 Mark 26,60 Mark, mehr als 5000 Mark 33,20 Mark, mehr als 10 000 Mark 40 Mark, mehr als 15 000 Mark 48 Mark, mehr als 30 000 Mark 60 Mark, mehr als 50 000 Mark 80 Mark, mehr als 75 000 bis 100 000 Mark 110 Mark.

Zum Arbeitsverdienst im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte gehören neben der Vergütung oder dem Lohn auch Versorgungsbeiträge, Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge (z. B. Wohnung, Kost, Licht, Feuerung). Empfänger von Ruhegehalt und Wartegeld, die vorübergehend beschäftigt werden, sind während dieser Beschäftigung nur dann versicherungspflichtig, wenn sie das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet haben. Sie werden aber auf ihren eigenen Antrag befreit. Solche Befreiungsanträge müssen bis zum 31. Juli 1922 beim Rentenausschuß oder bei der Reicherversicherungsanstalt für Angestellte zu Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 193-195, eingereicht werden. Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung, die auf Grund des bisherigen Gesetzes ausgesprochen sind oder noch ausgesprochen werden, bleiben bestehen. Neue Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung sind nicht mehr zulässig. Angestellte, die beim Inkrafttreten des Gesetzes das 55. Lebensjahr bereits vollendet haben, werden auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit, wenn ihnen die Abkürzung der Wartegeldzeit nicht gestattet wird oder aus einem anderen Grunde nicht möglich ist.

Solales und Provinzielles.

Halver, den 25. Juli 1922.

□ Das Wetter und die Sonnenflecken. Seit Mitte März, wo die letzte massige Gruppe von Sonnenflecken zu beobachten war, ist die Sonne sehr fleckenarm, gelegentlich sogar geradezu fleckenlos gewesen. Der Sonnenvulkanismus, der sich in den vorausgegangenen Jahren stark ausgelebt hatte, hat auffallend nachgelassen. Die Sonne ist in ein ruhigeres Stadium getreten. Bekanntlich stellen sich die Maxima von Sonnenflecken durchschnittlich alle elf Jahre ein. Das letzte Maximum war im August 1917, also wäre das nächste im Jahre 1928 zu erwarten. Dazwischen liegt das Minimum, es ist diesmal etwas verfrüht gekommen. Selbstverständlich haben diese Verhältnisse großen Einfluß auf unser Wetter. Von der Sonne hängt ja schließlich alles ab, was auf Erden geschieht. Die Jahre, in denen Sonnenfleckenmaxima herrschen, zeichnen sich durch große Extreme aus: heiße Sommer (Weinjahre!) und kalte Winter. Die Wirkung hält eine Weile an und tritt dann scheinbar als Verzögerung auf. Nach der letzten schönen Sommer und der großartigen kalten Winter standen unter dem Zeichen dieser Maximaljahre. Dagegen sind die Jahre mit Sonnenflecken-Minima solche, in denen das Wetter mehr ausgeglichen ist: kühler, niederschlagsreicher Sommer (wie in den letzten Monaten!) und milde Winter. Es ist also in diesem Herbst ein mäßiger Wein, dafür aber, was wichtiger scheint, keine Wiederkehr des letzten Frostwinters zu erwarten.

□ Kein Strafporto bei Nachsendung von Ortsbriefen. Bisher wurde, wenn ein nach den Ortsgebühren freigelegter Brief nach außerhalb nachgeschickt wurde, der Fehlbetrag verdoppelt und eingezogen. Nach einer Entscheidung des Reichspostministeriums wird in Zukunft diese Art Strafporto nicht mehr erhoben werden. Briefe und andere Sendungen, die nach den Ortsgebühren freigelegt sind und durch Verzug des Empfängers der Sendung nachgeschickt werden müssen, sollen in Zukunft nicht mehr mit Strafporto belastet werden, vielmehr soll nur der einfache Betrag, der an der Frankierung fehlt, nachgehoben werden und zwar nicht mehr als „Strafporto“, sondern als Nachportogebühr. Diese Vorschrift gilt jedoch nur bei solchen Sendungen, die nach den Ortsgebühren richtig freigelegt sind. Bei allen anderen Sendungen werden die fehlenden Beträge in doppelter Höhe eingezogen.

□ Ein neuer „Fall Anspach“. Die Dresdener Kriminalpolizei verhaftete den aus Hildburghausen stammenden Handlungsgehilfen Karl Schuchardt wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und Landesverrats. Schuchardts Fälschungen erinnern lebhaft an den Fall Anspach, der vor einigen Wochen so großes Aufsehen erregte. Der Verhaftete hatte mit dem französischen Obersten Plaffard in Verbindung gestanden und der Entente falsches Material über Schuchardt, Reichswehr und deren Bewaffnung geliefert.

—* Das für die Ober-Postdirektionsbezirke Dortmund und Münster eingerichtete neue Postfachamt in

Dortmund hat sich günstig entwickelt. Die Zahl der Kunden beträgt bereits rund 15 000. Zwar lassen jetzt noch viele Geschäftsleute ihr Konto in Köln führen, jedoch hält der Zustrom an Kunden, die ihr Konto nach Dortmund überleiten lassen, dauernd an. Da die Raumschwierigkeiten, unter denen das Dortmunder Postfachamt eine Zeitlang gelitten hat, endgültig behoben sind, ist dieser Zustrom der Kölner Kunden weiterhin erwünscht. Auch ist das unter Aufwendung hoher Kosten errichtete Postfachamt in Dortmund nicht zuletzt aus dem Grunde eingerichtet worden, um das Kölner Amt zu entlasten. Aus wirtschaftlichen Gründen ist es dringend erwünscht, daß jeder Postfachkunde sein Konto beim Postfachamt führt, in dessen Bezirk er wohnt; Kunden am Orte des Postfachamts haben dann noch den Vorteil von der Einrichtung der Barabhebungen von Geldbeträgen mittels Kassenschecks Gebrauch machen zu können. Die Kölner Scheckformulare dürfen auch im Verkehr mit dem Dortmunder Postfachamt benutzt werden, nachdem sie daselbst kostenlos umgedruckt worden sind.

—* Ein Waggon Zeitungspapier 200 000 Mark! Auf dem Wege der Druckpapierpreissteigerung gibt es anscheinend kein Halten mehr. Seit Beginn des Monats Juli ist der Papierpreis, der bis weit in die Kriegsjahre hinein 20 Pfg. für das Kilo betrug, auf 20 Mark festgelegt worden. Das macht für den Waggon statt 2000 Mark jetzt 200 000 Mark. Ein Verlag, der etwa 50 Waggons im Jahre verbraucht, hat also jetzt etwa 10 Millionen Mark für Zeitungspapier aufzubringen. Hierzu kommt noch, daß früher sich der Preis „frei Drucker“ verstand, während heute nur die Friedensfracht von den Lieferanten getragen wird. Die außerordentliche Frachterhöhung ist also noch außerdem zu zahlen. Früher gewährten die Papierfabriken auch noch 2 Prozent Skonto bei Zahlung innerhalb 30 Tagen. Heute heißt es „netto Kasse“. Doch mit alledem sind wir noch lange nicht am Ende. Für Monat August ist, wie wir hören, eine weitere außerordentliche Papierpreissteigerung geplant. Dazu kommt für die Zeitungsverleger, daß infolge Sinkens der Mark und der Erhöhung der Telegramm- und Postgebühren der Nachrichtenendienst täglich teurer wird. Nur noch die kapitalträchtigsten Verlage sind unter großen Opfern in der Lage, einen eigenen, selbständigen Nachrichtenendienst aufrecht zu erhalten. Wie lange noch?

+ Schwenke, 24. Juli. Bei dem gestern in Lüdenscheld stattgefundenen Preischießen, anlässlich des 12. Verbandstages des Schießklubs von Lüdenscheld und Umgegend errangen vom Schießklub „Diana“, Eiderschmiede folgende Schützen einen Kranz: 3. Kranz Paul Eider, 4. Kranz Fritz Eider, 6. Kranz Konkel, 9. Kranz Gustav Ebbinghaus, 10. Kranz Paul Fingerhut, 11. Kranz Walter Schumacher, 14. Kranz Heinrich Rothjunge. Im Vereinschießen erhielt der Verein unter 15 konkurrierenden Vereinen den 4. Preis. Zu diesem guten Erfolge bringen wir der „Diana“ unsere Glückwünsche dar und wünschen ihr ein ferneres Vorwärtstreben.

× Schalksmühle, 24. Juli. Die Ortsgruppe Schalksmühle der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen hielt am Samstag, den 8. Juli eine Mitgliederversammlung ab. Die schwach besuchte Versammlung wurde vom Vorsitzenden Klein eröffnet unter Bekanntgabe der Tagesordnung. Nach Verlesen der letzten Niederschrift, gegen die Einwendungen nicht erhoben wurden, kam der Punkt Verbandsangelegenheiten zur Verhandlung. Der Vorsitzende berichtete eingehend über den Stand der Organisation und empfahl den Mitgliedern den Anschluß an den Zentralverband, Sitz Bochum. Im Anschluß hieran fand die Zahlung der vierteljährlichen Beiträge statt. Es wurde beschlossen, die Strafgebühren für rückständige Beiträge in voller Höhe dem Kassensboten zu überweisen. Nunmehr erhielt der Verbandssekretär Herr Arens vom Zentralverband das Wort zu einem Vortrag, worin derselbe die Vorzüge des Anschlusses an den Zentralverband eingehend erläuterte. Die Ortsgruppe Schalksmühle beschloß nach Beendigung des Vortrages einstimmig den Anschluß an obigen Verband. Hiermit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Hagen, 21. Juli. In Haspe mischte ein 16-jähriger junger Mensch im angetrunkenen Zustande verschiedene Schnapsorten mit Bier und trank davon einige Gläser. Beim Verlassen des Lokals stürzte er zusammen und starb kurz darauf an Alkoholvergiftung.

Gründenberg, 21. Juli. Bei den Ausschachtungsarbeiten an der Ruhr stieß man in vier Meter Tiefe auf drei mächtige Eichenstämme, die schon eine recht lange Reihe von Jahren dort unter geschlafen haben

mögen. Das noch gut erhaltene Holz war tiefschwarz und von so großer Härte, daß man die Stämme nur mit großer Mühe auf einem Wollgatter zerschneiden konnte. Die mächtigen Stämme lassen darauf schließen, daß in früheren Zeiten die Eichenwälder bis an die Ufer reichten. Die aufgefundenen Bäume beansprucht die Unternehmerin, die Baufirma Siemens & Halske, als ihr Eigentum. Der seltene Fund geht daher für die hiesige Gegend leider verloren.

Wenden, 21. Juli. Bei dem am Freitag nachmittag über unseren Ort ziehenden Gewitter schlug der Blitz an zwei Stellen in unsere Pfarrkirche. Es waren sogenannte kalte Schläge, durch die der Hahn vom Turm, in der Sakristei die Schränke auseinandergerissen und an der Orgel Schaden angerichtet wurde.

Ueber die heutigen Arzneimittelpreise.

Einer Zuschrift entnehmen wir folgendes: „Die demokratischen Reichstagsabgeordneten Koch, Erkelenz und Rütz richteten an die Reichsregierung eine Anfrage über die „in erschreckendem Maße“ gestiegenen Preise für Medikamente. In der am 13. Juni stattgehabten Sitzung des Reichstages wurde von der Reichsregierung eine Antwort erteilt, in der es unter anderem heißt: „Von der allgemeinen Preissteigerung sind auch die Arzneimittel betroffen, für die amtliche Arzneitagen bestehen. Der Arbeitsverdienst des Apothekers ist sehr gering im Verhältnis zu den heutigen Kosten des Lebensunterhaltes und der Gehälter und Löhne der Angestellten. Während die Gehälter etwa um das Achtundzwanzigfache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind, betragen die Arbeitspreise der Arzneitagen nur das Fünffache. Die Einkaufspreise der Apotheker sind außerordentlich gestiegen. Die Arzneipreise aber betragen durchschnittlich nur das fünfzehnfache der Vorkriegszeit.“

Durch diese Regierungserklärung wird das Märchen vom Neunundneunziger, das immer noch in den Köpfen mancher Leute spukt, und das von gewisser Seite künstlich genährt und geistlich verbreitet wird, endgültig vor aller Welt zerstört. Wenn ein Zentner Koks vor dem Kriege 1 Mark, heute 120 Mark, ein Pfund Butter vordem 1,20 Mark, heute 70 bis 75 Mark, ein Zentner Kartoffeln vordem 2,50 Mark, heute 200 Mark, ein Zentner Roggen früher 9 Mark, heute 660 Mark, ein guter Herrenanzug vordem 80 Mark, heute 5000 Mark kostet, so stellt das eine Erhöhung des notwendigen Lebensunterhaltes um das Sechzig- bis Hundertzwanzigfache dar. Hiernach scheint es doch wirklich nicht angebracht zu sein, über hohe Arzneipreise zu klagen. Angesichts dieser Tatsachen wird das Stöhnen der Krankenkassen, die gerade durch die Bezahlung der Arzneikosten am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sein wollen, ohne weiteres nicht recht verständlich, zumal da die Arzneikosten nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtkosten ausmachen. Die Anfrage der drei Reichstagsabgeordneten trafe eigentlich den Apotheker gar nicht, wenn er nicht der Hauptleidtragende wäre. Nachdem Fabriken und Arzneimittelgroßhandel ein recht rentables Geschäft mit den Arzneimitteln gemacht haben, kommen diese zur letzten Verbilligung in die Apotheke. Hier sollen nun alle Folgen der schlechten Valuta verbessert und die Medikamente wieder verbilligt werden. Der Apotheker soll auf auskömmlichen Verdienst oder Ueberlohn verzichten. Was muß naturgemäß die Folge sein? Der Apotheker muß sich sein Verdienst anderweitig suchen, kann nicht mehr die so notwendige Sorgfalt auf die Zubereitung von Arzneien verwenden und seine ihm liebgeordnete, fürsorgliche Art, sich in den Dienst der Krankenpflege und der Allgemeinheit zu stellen, wird für immer verloren gehen, nicht zuletzt zum Schaden des arzneibedürftigen Publikums. Solche Zustände sind eines wahrhaft sozialen Staates unwürdig. Wir meinen, geistige und verantwortungsvolle Arbeit muß auch richtig bezahlt werden, nicht bloß die Arbeit, die man mit dem „starken Lukas“ messen kann.

Kohlenbericht: Elektrizitätswert Mark.

Lagerbestand.

Kraftwerk:	Herdecke	Elberkingen	Siebel
19. 7. 22.	507 t	470 t	755 t
20. 7. 22.	502 t	470 t	735 t
21. 7. 22.	371 t	550 t	693 t

Hierzu die Unterhaltungs-Beilage.

Bestellungen auf
Weißkohl.
Rotkohl und
Zwiebeln
nimmt entgegen
Fritz Bangert, Halver.

Heute erhielt ich
la. Oldenburger
Schweine.
Hugo Kerspe, Halver.
Telefon 52.

Preislisten, Kataloge
für
die Klein-
eisenindustrie werden
als Spezialität schnell
u. preiswert angefertigt. Stelle
hierzu aus meinem
großen Vorrat Clichés
kostenlos zur Verfügung.
Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
== Nadelholzbestände ==
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holz-
bestände zu kaufen:
Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
1339 Fernruf 1897 und 3965



Niederlage bei:
Wilh. Bell jr., Halver i. W.,
Kirchstraße 5.
Milchverandscheine
liefert die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Habe ab meinem Hof in Rückelhausen bei
Bredersfeld, Telefon Amt Bredersfeld Nr. 4, folgende

Eisenbahnschienen abzugeben:

2 Schienen à 8,45 Mtr. lang,		
2	7.60	„
15	8.60	„
15	4.30	„
2	3.30	„
1	3.00	„
9	4.85	„
5	2.15	„
3	2.00	„
2	2.20	„
64	1.60	„
1	8.53	„
1	9.40	„
2	7.20	„
2	6.80	„
2	3.30	„

Das Gesamtgewicht der Schienen ist 17 000 Klg
und werden nur zusammen abgegeben.

Hugo Boß, Brennerei und Mühle,
Weitmar b. Bochum, Gattingerstr. 79.

Hilfsarbeiter

Maschinenfellenbauer,
Särter, Handhauer
zum Nachhaken gegen hohen
Lohn per sofort gesucht.
Bernhard Mundorf,
Feilenfabrik,
Radevormwald,
Blumenstraße.

Wissenkarten liefert schnell
u. billig die
Buchdruckerei W. H. Bell jr.,
Halver.

Wer tauscht
in Halver eine 3 Zimmer-
wohnung gegen eine große
2 Zimmerwohnung in Hagen.
(Wer, sagt die Geschäftsst.
des Allgemeinen Anzeigers
Halver.

Anzüge

Hosen
Schlupfer
erhalten Sie bei uns auf
Kredit
und bequemer
Abzahlung.
Reichhaltiges Lager
Reelle Bedienung.
Bekleidungs-Haus
„Westfalia“
HAGEN i. W.,
Elbersrufer 10, Ecke Haldenstr.

Briefkastetten
in schöner Auswahl
mit Briefbogen in ver-
schiedenen Formaten mit
und ohne Druck
empfiehlt
Wilh. Bell jr.
Halver.